

Selbstverständnis – ENTWURF

Antirassistisches Netzwerk Baden-Württemberg

Sammeln, diskutieren, verändern! (Arbeitstitel)

Antira-Netzwerk Baden-Württemberg stärken und erneuern.

Das Antira-Netzwerk ist offen für Gruppen und Einzelpersonen die rassistische Ausgrenzungen benennen und sich dagegen positionieren. Wir vertreten unsere Überzeugungen gemeinsam nach außen.

Alle Menschen, die durch Krieg, Krisen, Unterdrückung und Verfolgung ihren sozialen und sicheren Lebensmittelpunkt verlassen mussten, und jene, die durch die industriell verursachte Erderwärmung zur Migration gezwungen sind, sind Teil des antirassistischen Netzwerks. Die Fragen der Klimagerechtigkeit wird unser weltweites Zusammenleben die nächsten Jahre entscheidend beeinflussen. Das Netzwerk ist der Ort für gemeinsames Handeln.

Die sozialen Herausforderungen (Bedingungen) weltweit können wir nur gemeinsam und solidarisch lösen. Die globale Bewegungsfreiheit ist dabei für viele Menschen überlebensnotwendig. Das Recht auf globale Bewegungsfreiheit wirkt der Ungleichheit und den ungleichen Lebensverhältnissen in dieser Welt entgegen und fordert radikal politische Veränderungsprozesse ein. Dafür braucht es ein gerechtes Regelwerk (Abkommen, Gesetze, länderübergreifende Vereinbarungen, Internationalisierung sozialer Abkommen). Für ein solches Regelwerk wollen wir eintreten. Menschen, egal in welchem Land sie sich auf der Erde aufhalten, brauchen einen offenen Zugang zu sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Rechten.

Geflüchtete Menschen finden sich in Sammellagern, in denen intensiv in Grundrechte eingegriffen wird, wieder. Sammellager dienen der Ausgrenzung und müssen geschlossen werden. Abschiebungen sind keine Lösungen. Wir lehnen Abschiebungen ab!

Migrant*innen, die bereits viele Jahre hier leben, darunter auch jene, die bereits die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, Rechte in Anspruch nehmen können, sehen sich ‚rassistischen‘ Konkurrenzverhältnissen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, in Bildung, im Gesundheitswesen und auch in der Freizeit gegenüber. Sie erleben täglich ausgrenzende rassistische Ressentiments, die den Lebensalltag beeinflussen. Diesen Entwicklungen wollen wir uns gemeinsam entgegenstellen.

Die Ungleichheit (Ungleichbehandlung) setzt sich bei den Behörden fort, besonders dort, wo durch gesetzgeberische Voraussetzungen nur Migrant*innen und Geflüchtete betroffen sind. Das ist Nahrung für einen institutionalisierten Rassismus.

Besonders bedenklich zeigen sich die Entwicklungen bei der Polizei. Seit 2010 hat die Polizei 133 Menschen erschossen, darunter viele Migrant*innen. Jeder zweite war in einer psychischen Notsituation. Die Polizei hat ein Rassismus-Problem, das in den sozialen Medien umfassend dokumentiert ist. Darüber wollen wir sprechen.

Anmerkung:

Dieses Selbstverständnis wollen wir bei einer gemeinsamen Konferenz diskutieren und verabschieden. Bis dahin ist alles offen für Diskussion, Ergänzungen und Veränderungen.